

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

26.7.1928 (No. 173)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur F. Amend, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postkontonummer: Karlsruhe Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verzögert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanwaltsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Schritte der Mächte in Kowno

Warnungen an Litauen

Der Staatssekretär des Äußern, Chamberlain, teilte im englischen Unterhaus mit, der britische Gesandte in Kowno, der die britischen Interessen auch in Kowno wahrnimmt, sei beauftragt worden, dem litauischen Minister des Auswärtigen dringend nahezusetzen, daß es wünschenswert sei, die Empfehlungen des Völkerbundesrats bezüglich der Meinungsverschiedenheiten zwischen Polen und Litauen in die Tat umzusetzen. Es sei anzunehmen, daß auch der französische und der deutsche Gesandte in Kowno ähnliche Vorstellungen erheben würden.

M. Berlin, 26. Juli. (Priv.-Tel.) Zu den Meldungen über Vorstellungen der Großmächte in Kowno erfahren wir, daß eine deutsche diplomatische Aktion nicht erfolgt ist. Der deutsche Gesandte hat sich lediglich von Wolbomars über den Standpunkt der litauischen Regierung informieren lassen, wobei Deutschland natürlich keinen Zweifel darüber ließ, daß es eine weitere Zuspitzung des Konflikts mit Polen für äußerst gefährlich halten würde. Es hat infolgedessen eine entsprechende Mahnung ausgesprochen.

Eine litauische Note an den Völkerbund

Nachdem Polen den polnisch-litauischen Konflikt vor einigen Tagen in Form einer Denkschrift erneut dem Völkerbundrat unterbreitet hat, hat Litauen in Genf eine Note überreicht, in der gegen die polnischen Armeemärsche in der Nähe der Demarkationslinie protestiert wird. „Das Zusammenziehen polnischer Militärs in größerer Zahl würde für Litauen eine solche Gefahr hervorrufen, daß die litauische Regierung sich gezwungen sehen würde, sicherheitshalber die litauischen militärischen Punkte zu verstärken. Unter solchen Umständen können Zwischenfälle stattfinden, die den Frieden in Gefahr bringen würden.“ Die polnischen Heeresmärsche, und mehr noch der für den 12. August dieses Jahres in Wilna stattfindende polnische Regionärkongreß, auf dem Pilsudski eine große Rede halten wird, sind als Gegenmaßnahme gegen das litauische Verfassungskonzept gedacht, das offiziell Wilna als die Hauptstadt Litauens bezeichnet. Das geht schon daraus hervor, daß der Regionärkongreß ursprünglich nicht in Wilna stattfinden sollte und erst nach der Veröffentlichung der neuen litauischen Verfassung nach Wilna umdritzt wurde. Aber weder die Märsche, noch der Kongreß bedeuten an sich eine Bedrohung der litauischen Sicherheit, wenn man auch sicherlich über ihre politische Zweckmäßigkeit diskutieren könnte.

An der litauisch-polnischen Grenze hat sich ein neuer Zwischenfall ereignet. Ein polnischer Soldat wurde auf polnischem Gebiet von litauischen Schützen erschossen.

Beendigung der Regierungskrise in Bayern

Mittwoch nachmittag traten die Vorstehenden der bisherigen drei Regierungsparteien zu einer Sitzung zusammen, in der endgültig von allen Seiten die letzten Vorschläge der Bayerischen Volkspartei angenommen wurden. Damit ist die frühere bayerische Koalition nunmehr wieder hergestellt worden. Sie besteht aus der Bayerischen Volkspartei, den Deutschnationalen und dem Bauernbund.

Heute wollen die drei Regierungsparteien das Koalitionsprogramm beraten. Am Montag nachmittag soll im Plenum des Landtags die Wahl des Ministerpräsidenten erfolgen, der dann sofort seine Programmrede halten wird. An sie wird sich voraussichtlich eine politische Debatte anschließen. Nach in der gleichen Sitzung wird die bisherige geschäftsführende Regierung eine Vorlage einbringen, die die von den Koalitionsparteien beschlossene Verminderung der Ministerien regelt.

Der neue preussische Flaggenverbot

Besagt, wie wir gestern schon berichtet haben, daß infolge des Urteils des Staatsgerichtshofs auf Gemeinden und Gemeindeverbände, die am bevorstehenden Verfassungstage nicht aus eigenem Entschluß die gesetzlich festgelegten Reichsfarben zeigen, von Aufzuchtswegen ein Zwang nicht ausgeübt werden kann. Die Regierungspräsidenten werden aber ersucht, bis zum 1. September 1928 zu berichten, welche Gemeinden und Gemeindeverbände am Verfassungstage die Reichsfarben nicht gezeigt haben.

Das Material, das in diesen Berichten bei der preussischen Staatsregierung eingeht, soll zu den bereits gemeldeten Gründen für die Notwendigkeit einer ordentlichen Flaggengesetzgebung in Preußen hinzugefügt werden. Das Ministerium will den Landtag auf jeden Fall im Herbst erwidern, die Flaggengesetzgebung unter Dach und Fach zu bringen, unabhängig davon, ob das Reichsgesetz über den Nationalfeiertag kommt oder nicht.

Unterzeichnung des Tanagerabkommens. Das am 17. Juli paraphierte Abkommen über die Änderung des internationalen Tanagerstatuts ist in Paris von dem spanischen Botschafter Cuinones de Leon, dem englischen Botschafter Lord Crewe, dem italienischen Botschafter Graf Manzoni und dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Berthelot, unterzeichnet worden. Der Text wird in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Letzte Nachrichten

Der Kellogg-Pakt

WTB. Paris, 26. Juli. (Tel.) Im Anschluß an den gestrigen Empfang des amerikanischen Botschafters Herrick bei Briand macht „New York Herald“ ausführliche Mitteilungen über den Stand der Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes.

Briand, so erklärt das Blatt, teilte dem Botschafter mit, daß die von der französischen Regierung an neun Mächte gesandten Einladungen zur Vornahme der Unterzeichnung des Kriegsschlichtungspaktes in Paris nunmehr von allen mit Ausnahme Polens, dessen Zustimmung dieser Tage erwartet werde, angenommen worden seien. Aus den Äußerungen der Mächte — so berichtet das Blatt weiter — geht hervor, daß die Unterzeichnung des Paktes durch die Anwesenheit von mindestens sechs Außenministern eine Bedeutung erlangen werde, die sich nur mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages vergleichen lasse. Es sei so gut wie sicher, daß außer Staatssekretär Kellogg und Dr. Stresemann, Briand, Außen Chamberlain, sowie die Außenminister von Belgien und der Tschechoslowakei nach Paris kommen würden. Durch die Zusage Dr. Stresemanns sei das letzte Hindernis für die Abhaltung der Feierlichkeiten in Paris beseitigt worden. Das Datum der Unterzeichnung, die im Jahresaal des französischen Außenministeriums erfolgen werde, sei vorläufig auf den 27. August festgesetzt.

Wie „New York Herald“ weiter mitteilt, wird sich der japanische Außenminister mit Rücksicht auf die gespannte Lage in China durch den Botschafter vertreten lassen. Mussolini, der grundsätzlich keine internationale Veranstaltung besucht, die außerhalb der italienischen Landesgrenzen stattfindet, wird infolgedessen einen Unterstaatssekretär entsenden.

Rücktritt Titulescu

WTB. Paris, 26. Juli. (Tel.) Nach einer Meldung der „Information“ aus Bukarest, soll der Rücktritt des rumänischen Außenministers Titulescu beschlossene Sache sein. Titulescu soll am Samstag Rumänien verlassen, um in London sein Beglaubigungsschreiben als rumänischer Gesandter zu übergeben, einen Posten, den er auch nach Übernahme des Außenministeriums nicht aufgegeben hätte. Die Leitung des Außenministeriums soll Argetoianu anvertraut werden.

Konflikt in der französischen Schifffahrt

WTB. Paris, 26. Juli. (Tel.) In den französischen Seehäfen ist zwischen den Reedern und den Matrosen wegen der Frage der Erhöhung des Befestigungszuschusses ein Konflikt ausgebrochen. In Dünkirchen ist der Streik bereits für morgen früh beschlossen. In anderen Häfen, z. B. in Le Havre, wo die Verhandlungen noch schweben, ist es teilweise zur Arbeitseinstellung gekommen, durch die ein Druck auf die Arbeitgeber ausgeübt werden soll.

Gefängnis für den Geschäftsführer der „Humanität“

WTB. Paris, 26. Juli. (Tel.) Die kommunistische „Humanität“ berichtet, daß infolge eines gestern gefällten zweitinstanzlichen Urteils, das die gegen ihren Geschäftsführer erlassene Strafe wegen Aufreißung von Militärpersonen zum Ingehoram und anarchistischer Propaganda durch Zeitungsmaterial befähigt, der Geschäftsführer jetzt in Abwesenheit zu insgesamt 14 Jahren 10 Monaten Gefängnis und 14 600 Franken Geldstrafe verurteilt worden ist.

Die Mandate von Hoffe und Rialin

In verschiedenen Pariser Blättern wird die Frage erörtert, ob die Abgeordneten Hoffe und Rialin bei ihrer nunmehr erfolgten Begnadigung das Abgeordnetenmandat werden ausüben können. Es wird erklärt, daß die Begnadigung nicht die weitgehenden Wirkungen wie die Amnestie habe, da sie die Strafe, aber nicht die Verurteilung aufhebe. Einige Blätter vertreten die Auffassung, daß die Kammer in voller Unabhängigkeit über den Fall entscheiden habe, während andere behaupten, daß auf Grund der Verfassungsregeln die Verurteilung von Rechts wegen den Verlust des Abgeordnetenmandates nach sich ziehe.

Lord Balfours 80. Geburtstag. Lord Balfour, der am Mittwoch seinen 80. Geburtstag feiert, nahm am Vormittag an einem in Downing-Street in London abgehaltenen Bankett teil. Das Glückwunschtelegramm des Königs nennt Balfour „einen alten Freund“ und „treuen und geschätzten Ratgeber dreier Souveräne“. Nachmittags wurde Lord Balfour als Geschenk seiner Freunde in beiden Häusern des Parlaments ein Kraftwagen übergeben.

* Der Fall Lambach

Der Fall Lambach zeigt der deutschen Öffentlichkeit wieder einmal, wie gefährlich es ist, Entscheidungen allein nach formalen Gesichtspunkten zu treffen, und wie bedenklich es für eine Partei ist, wenn ihre höheren Instanzen Urteile fällen, die rein nach Prinzipien orientiert sind, und in ihrer Weltfremdheit den taktischen Verhältnissen nicht im geringsten Rechnung tragen. Der Vorstand des Landesverbandes Potsdam II der Deutschnationalen Volkspartei hat durch einstimmigen Beschluß den Reichstagsabgeordneten Lambach aus der Partei ausgeschlossen, weil Lambach durch seine bekannten Presseveröffentlichungen gegen die programmatischen Grundzüge der Partei verstoßen und sich der schwersten Verletzung der Parteidisziplin schuldig gemacht habe. Dieses Urteil ist allerdings nicht endgültig: Lambach kann dagegen innerhalb 4 Wochen Berufung beim obersten Parteigericht einlegen. Und, wie gemeldet wird, ist er dazu entschlossen.

Daraus ist zu entnehmen, daß es Lambach gewiß nicht darauf angekommen ist, eine Krisis heraufzubedeckeln und die Partei zu sprengen, sondern daß es ihn lediglich gedrängt hat, freimütig eine Entwicklungstatsache zu bekennen, die nun einmal nicht zu leugnen ist, nämlich die Tatsache, daß heute die Anhänger der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr geschlossen auf dem Boden des monarchistischen Prinzips stehen, daß sich die Deutschnationale Volkspartei faktisch zu einer Partei entwickelt, welche, wenn sie überhaupt in ihrer bisherigen Stärke weiterexistieren will, Monarchisten und Republikanern Aufnahme gewähren muß. Es gibt keinen ernst zu nehmenden deutschnationalen Politiker, der bisher diese Tatsache bestritten hätte. Die Meinungen gehen höchstens darüber auseinander, wie stark die Tendenz, zu einer staats- und verfassungsrechtlich toleranteren, die Monarchie nicht einseitig bevorzugenden Auffassung in der Partei vertreten ist.

Der Vorstand des Landesverbandes Potsdam II war sicherlich schlecht beraten, als er seine Entscheidung faßte. Er konnte nicht wissen, daß Lambach geduldig genug sein würde, um nunmehr noch das oberste Parteigericht anzurufen. Ebenso gut hätte Lambach auch nach diesem Verdikt seinen Austritt aus der Partei anmelden können. Das könnte aber, wie von sehr gut unterrichteten Personen versichert wird, den Austritt von zwei bis drei Dutzend anderer Mitglieder der deutschnationalen Reichstagsfraktion nach sich ziehen. Die Deutschnationale Volkspartei wäre in zwei Teile zerfallen.

Diese Gefahr droht heute auch noch, und sie droht so lange, als sich nicht das oberste Parteigericht zu einer Revision des ersten Urteils entschließt. Es ist überaus bemerkenswert, daß die Mehrzahl der deutschnationalen Blätter das Urteil des Landesverbandes Potsdam II kritisiert. Aus den Organen aller der deutschnationalen Kreise aber, die Lambachs Auffassungen billigen und teilen, also vor allem aus den Kreisen der deutschnationalen Jugend schallt ein Echo, welches der Parteileitung der Deutschnationalen sehr zu denken geben sollte. So sagt z. B. der „Politisch-gewerkschaftliche Zeitungsdienst“, letzten Endes werde es, wenn man weiterhin nach rein formalen Grundzügen entscheide, „dazu kommen, daß nur noch einige ausschlußbereite Vorstände vorhanden sind, aber keine Mitglieder mehr in der Partei.“ Das ist deutlich genug. Und, weil man offenbar die Anhänger Lambachs für sehr zahlreich hält, empfiehlt man Lambach, sein Reichstagsmandat auch dann nicht niederzulegen, wenn das oberste Parteigericht den ergangenen Spruch bestätigt, sondern unter Ausnutzung seiner politischen Stellung „die Dinge zur endgültigen Klärung zu treiben“. Und das Gewerkschaftsblatt „Der Deutsche“ betont, auf jeden Fall werde das, was Lambach nach dem endgültigen Urteil tun wird, nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung der rechtsgerichteten Arbeitnehmerkreise bleiben.

Tatsache ist eben, daß die große Volksbewegung innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei nicht mehr eingedämmt werden kann, und daß diese Bewegung keineswegs mehr allein an den Namen Lambach gebunden ist. Selbst für den unwahrscheinlichen Fall, daß Lambach widerrufen sollte, würde diese Bewegung ihren Fortgang nehmen. Und für die Deutschnationale Volkspartei lautet jetzt die Schicksalsfrage, ob sie so weiterexistieren will, wie es Lambach und seine Anhänger wünschen, oder ob sie auseinanderfahren soll. Sehr kompliziert wird das

Mit der Beilage: 41. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags u. Amtliche Gewinnliste der Jubiläums-Geldlotterie Ettlingen

ganze Problem für die Parteileitung dadurch, daß auch im Reichslandbund infolge der Differenzen zwischen den beiden Vorstehenden, Graf Kaldreuth (Landbund) und Pepp (Christlich-nationale Bauernpartei) eine Krise ausgebrochen ist.

Die Anschlußkündigungen in Österreich

Deutsche Gäste im Burgenland
Der Österreichisch-Deutsche Volksverein veranstaltete am Mittwoch auf Einladung des Burgenlandes eine Rundfahrt durch das Burgenland, an der auch Reichspräsident Lobe und die Abgeordneten von Gillsa und Goelscher teilnahmen. Auf der Fahrt durch die verschiedenen Ortschaften fanden Empfänge statt, bei denen alle Parteien vertreten waren und die Gäste aus dem Reich stürmisch begrüßt wurden.
Bei einem Festabend in Sauerbrunn, dem Sitz der Landesregierung, erklärte Landeshauptmannstellvertreter Leseher in einer Ansprache, daß auch das Burgenland hoffe, einmal mit dem Deutschen Reich vereinigt zu werden. Reichspräsident Lobe, der betonte, daß er nicht im Namen der deutschen Regierung spreche, aber im Namen des deutschen Volkes sprechen zu können glaube, erwiderte: Heute sind Sie nur ein Teil des tapferen Österreichs, aber wir erwarten, daß Sie auch ein Teil des deutschen Volkes werden. Wir wollen alle zusammenhalten bis zu dem Tage, da uns ein staatliches Band gemeinsam umschlingt.

Gegen die tendenziöse französische Presseberichterstattung nimmt die gesamte Wiener Presse energisch Stellung, namentlich gegen den „Petit Parisien“, der vom Sängerbundesfest als einer „deutschen Mache“, von österreichischer Gleichgültigkeit und alldeutscher Anschließpropaganda sprach. Die „Neue Freie Presse“ sagt: „Der Sturm gegen das Sängerbundesfest ist eine Äußerung des schlechten Gewissens. Der Festzug wird als ein Vorstoß Deutschlands gewertet, um Österreich zu annektieren.“ Das Blatt macht sich über diese Darstellung lustig und nennt den Festzug einen großartigen Beweis unseres Fortschritts. Er habe das erste wirkliche Sündenbekenntnis zwischen Österreich und Deutschland gebracht. Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Solche Stimmen kommen aus demselben Frankreich, wo man nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen mehr als vier Jahrzehnte hindurch unausgesetzt Trauerdemonstrationen veranstaltet hat. Die großdeutschen „Wiener Neuesten Nachrichten“ sprechen von „tümlicher Panik in Paris“ und sagen: „Nur mit Heiterkeit können wir die Variante des „Petit Parisien“ aufnehmen, Deutschland habe, um seine nationalen Forderungen zu verkünden, Wien für einige Tage „besetzt“. Sehr gut, beim nächsten deutschen Sängerbundesfest werden wir Österreichers Frankfurt besetzen. Wir freuen uns schon heute darauf, daß dieser lustige Krieg nicht minder stimmungsvoll verlaufen wird, als die heurigen Wiener Festtage.“

Die Eisenbahnunfälle in Bayern

In Verantwortung einer Interpellation der Bayerischen Volkspartei wegen der letzten Eisenbahnunfälle in Bayern führte Ministerpräsident Dr. Selb im Bayerischen Landtag aus, daß es die bayerische Staatsregierung für ihre besondere Pflicht halte, dahin zu wirken, daß nicht nur die Schuldfrage des einzelnen Falles ermittelt, sondern darüber hinaus eine umfassendere Untersuchung Platz greift.
Aufgabe der bayerischen Regierung, in deren Bereich die schwersten Unfälle in der letzten Zeit sich ereignet haben, werde es sein, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck vorstellig zu werden, daß sich die Untersuchung auch auf diejenigen Fragen erstreckt, die durch die letzten Unfälle in Bayern besonders offenkundig geworden sind: Die Frage der Personaleinsparungen, der Dienst- und Ruhezeiten des Personals, die Frage, ob in der Nachkriegszeit die Instandhaltung, Verbesserung und Erneuerungen, Um- und Neubauten in einem Umfang erfolgt sind, der nicht nur die großen Schäden der Kriegszeit wieder gutmacht, sondern auch den gesteigerten Verkehrserfordernissen gerecht geworden ist. Es werde auch nicht an der Frage vorübergegangen werden können, ob die großen Reparationslasten, die der Reichsbahn auferlegt sind, es nicht erschwert haben, die notwendigen Bauten, den Umbau oder Neubau des Münchener Hauptbahnhofs auszuführen zu können. Es seien auch Zweifel angebracht, ob nicht die straffe Zentralisierung des gesamten Eisenbahnwesens eine Schwächung und Vernachlässigung der peripher gelegenen Teile des Eisenbahnnetzes bedeute.
Nach ausgedehnter Aussprache wurden die deutschnationalen und nationalsozialistischen Anträge angenommen, die eine Unterdrückung der Ursache der letzten Eisenbahnunfälle in Bayern verlangen, ferner der Antrag der Nationalsozialisten, der die Ausarbeitung einer Statistik über die Streckenunterhaltungskosten der bayerischen Eisenbahnen fordert.

Der Völkerausschuss für internationale geistige Zusammenarbeit

ist am Mittwoch in Genf zusammengetreten. Der Altkonklog Prof. Murray, Oxford, wurde einstimmig zum Vorsitzenden gewählt während zu Vizepräsidenten Frau Prof. Curie, Paris und der frühere belgische Unterrichtsminister Delebecq besetzt wurden. Das deutsche Mitglied des Ausschusses, Prof. Einkeil, ist durch den Generaldirektor der preussischen Staatsbibliotheken, Prof. Krüh, vertreten. Der Eröffnungssitzung wohnte auch der deutsche Untergeneralsekretär Dufour-Beronce bei, zu dessen Ressort der Ausschuss gehört. Bei Genehmigung der Tagesordnung entspann sich eine längere Debatte über die Frage, inwieweit sich der Ausschuss mit den materiellen und moralischen Interessen der geistigen Arbeiter befassen kann, wobei auch auf journalistische Anstellungsverträge exemplifiziert wurde. Schließlich wurde noch die Gründung verschiedener Gruppen für internationale geistige Zusammenarbeit mitgeteilt, darunter einer deutschen unter dem Vorsitz von Prof. Sarnad und Prof. Bland.

Verfälschte Munition. Nach einer Meldung aus Stettin entdeckten bei Greifenhagen an der Oder Arbeiter bei Lagerarbeiten in der Ober Granaten, Minen und größere Mengen Gewehrmunition. Die Herkunft der Waffen ist noch völlig dunkel.

England und die Fremdenlegion. Im Unterhaus wurden am Mittwoch an Chamberlain verschiedene Anfragen wegen der französischen Werbung für die Fremdenlegion gerichtet. Er lehnte darauf in seiner Antwort die angeregten Schritte ab und erklärte, es sei nicht seine Aufgabe als Außenminister, sich der französischen Regierung unangenehm zu machen.

Amerika für einen neuen Zolltarif mit China. Das Washingtoner Staatsdepartement erklärte sich in einer Note an die neue chinesische Zentralregierung bereit, Verhandlungen über einen neuen Zolltarif einzuleiten, die China volle Autonomie gewähre.

Französische Auslieferungsforderungen

Wie aus Landau gemeldet wird, hat die französische Behörde an die deutsche Regierung das Auslieferungsgesuch gegen die drei im Zweibrücker Flaggengewissensfall verurteilten Deutschen gestellt. Ebenso wird von der französischen Gerichtsbehörde auch das Auslieferungsgesuch hinsichtlich des am 18. Juli wegen des Maximiliansauer Zwischenfalles zu 2 Jahren Gefängnis verurteilten Arbeiters Metz aus Neupforz gestellt.

Die Forderung der Befehlshaber wird rechtlich durch die §§ 3 und 4 des Rheinlandabkommens begründet. Die deutsche Regierung ist daher nicht in der Lage, diese Forderung abzulehnen. Sie ist eben eine Folge der jahrelangen Befehlshaber, die je länger je mehr unhaltbar wird.

An Berliner amtlicher Stelle ist von dem französischen Anfinnen jedoch noch nichts bekannt. Der „Vorwärts“ erklärt, daß, falls die Weibung zutrefte, wieder einmal ein Beweis dafür vorliege, wie es die Militärs glänzend verstehen, die Beziehungen zwischen den Völkern unnötig zu belasten. Es müßte zumindest der diplomatische Weg beschritten werden. Wir können aber nicht glauben, so fährt das Blatt fort, daß die französische Diplomatie sich dazu hergeben würde, eine Forderung zu unterstützen, von der sie wissen muß, daß sie für jede deutsche Regierung schlechterdings unerfüllbar wäre. Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt die Forderung eine entwürdigende, schmachvolle Zumutung, die mit Verständigungsgeist wirklich nichts zu tun habe.

Bei dem Zweibrücker Zwischenfall handelt es sich um den Wäcker Weiß und die Arbeiter Schimmel und Luz, die am 5. Juli d. J. vom französischen Kriegsgericht in Landau unter der Anschuldigung, die französische Fahne vom dem Offizierskasino in Zweibrücken herabgerissen zu haben, wegen schweren Diebstahls und Verleumdung der französischen Befehlshaberarmee zu je 5 Jahren Zuchthaus verurteilt worden sind. Es handelt sich um ein im Abwesenheitsverfahren ergangenes sog. „in contumaciam-Urteil“, da die drei Angeklagten sich der ihnen drohenden Verhaftung rechtzeitig dadurch entzogen haben, daß sie sich ins rechtsrheinische Gebiet begaben. Nach Artikel 4 des Rheinlandabkommens und der Verordnung 2 müssen die deutschen Behörden im besetzten und unbesetzten Gebiet auf Verlangen jedes hierzu ermächtigten Offiziers der Befehlshabertruppen jede Person, die eines Verbrechens oder Vergehens gegen die Person oder das Eigentum der bewaffneten Streitkräfte der Alliierten angeklagt und die der Gerichtsbarkeit der alliierten Truppen untersteht, verhaften und dem nächsten Befehlshaber der alliierten Armeen übergeben. Gegen diese Bestimmung, die für Deutschland ebenso unerträglich ist wie die Auslieferung der sog. „Kriegsverbrecher“, hat schon die Abordnung der deutschen Regierung, die nach Unterzeichnung des Rheinlandabkommens im Juli und August 1919 mit den Alliierten über die Auslegung des Rheinlandabkommens verhandelt hat, Einspruch erhoben. Der deutsche Vorschlag ist jedoch von den Alliierten in ihrer Antwortnote vom 12. Juli 1919 mit dem Hinweis abgelehnt worden, daß der Text des Abkommens genau und logisch sei; er verlange, daß den alliierten und assoziierten Behörden die Beschuldigten ausgeliefert werden, denen Verbrechen oder Vergehens vorgeworfen werden, selbst wenn die Beschuldigten sich auf nicht besetztes Gebiet geflüchtet hätten. Danach müssen nicht nur Personen ausgeliefert werden, die von einem französischen Militärgericht verurteilt, sondern auch Personen, die eines Vergehens oder Verbrechens leblich angeklagt sind. Im Falle Weiß, Schimmel und Luz hat übrigens die mit größter Gewissenhaftigkeit geführte deutsche Untersuchung keinen Beweis dafür erbracht, daß die drei jungen Leute an dem Flaggengewissensfall beteiligt sind, und sie selbst haben vor und nach ihrer Verurteilung ihre Unschuld versichert.

D. Landau, 25. Juli. Die Revisionsverhandlung im Maximiliansauer Befehlshaberfall findet am 26. Juli 16½ Uhr vor dem Revisionsgericht in Mainz statt.

Ergebnislose Verhaftungen

Hd. Landau, 26. Juli. (Tel.) In der Angelegenheit der Schüsse auf den französischen Wachtposten an der ehemaligen Jülicher-Artillerie-Kaserne war von der französischen Polizei eine Frau verhaftet worden, die mit dem angeschossenen Soldaten ein Verhältnis gehabt und deren Mann aus Eifersucht auf den Posten geschossen haben soll. Die Gegenüberstellung ergab die Haltlosigkeit dieser Vermutung, so daß die Verhaftete freigelassen werden mußte. Auch ein verdächtiger Passagier konnte sein Alibi nachweisen und wurde wieder auf freien Fuß gesetzt.

Das 14. Deutsche Turnfest in Köln

Mit dem Mittwoch begannen die Hauptfesttage zum 14. Deutschen Turnfest in Köln. Im Laufe der Nacht liefen auf den verschiedenen Kölner Bahnhöfen 14 Turlerpersonenzüge ein, denen im Laufe des Vormittags noch mehr als 40 Züge und Sonderdampfer folgten.

Um 6 Uhr nachmittags fand die Eröffnungsfeier auf dem festlich geschmückten Neumarkt in Anwesenheit einer zahlreichen Zuschauermenge statt. Der erste Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, Professor Dr. Berger, übergab dem Oberbürgermeister Dr. Abenauer das Banner der Deutschen Turnerschaft mit der Bitte, es für die Dauer des 14. Deutschen Turnfestes in die Obhut der Stadt Köln zu übernehmen. Dann ergliff das Oberhaupt der letzten Turnfeststadt, Oberbürgermeister Scharnagl, München, das Wort, der die herzlichsten Grüße der Stadt München überbrachte. Für die Grüße dankte im Namen der Stadt Köln Oberbürgermeister Dr. Abenauer. Er wies auf die engen und freundschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen zwischen Rhein und Har und zwischen Köln und München hin. Im Anschluß führte Professor Dr. Berger aus, es gelte, das Fest durchzuführen als eine würdige Erinnerungsfeier an die 150. Wiederkehr des Geburtstages Friedrich Ludwigs Jahns. Danach verlas er den Gruß des am Erscheinen verhinderten Schulherren des Festes, Reichspräsidenten von Hindenburg, an die in Köln versammelten Turner und schlug vor, dem Reichspräsidenten einen Draghtzug zu senden.
In der großen Festhalle der Krefa fand abends eine Begrüßungsfeier der Deutschen Turnerschaft statt, bei der u. a. Oberbürgermeister Abenauer, Köln, und der Vorsitzende des Reichsausschusses für Leibesübungen, Erzellenz Lewald, Ansprachen hielten. An die Feier schloß sich ein Festspiel an, das einen durchschlagenden Erfolg hatte. Am Abend veranstaltete die Kölner Studentenschaft zu Ehren der Turner einen Fackelzug.

Englisches Freundschaftsabkommen mit Tschiangkaifsch. Nach japanischen Meldungen ist es dem englischen Gesandten in Peking gelungen, mit Tschiangkaifsch ein Freundschaftsabkommen abzuschließen. Die rote Propaganda im Jangtsegebiet und die antienglische Bewegung sollen damit verhindert werden. Als Gegenleistung erhält die Regierung von Nanking die finanzielle und diplomatische Unterstützung Großbritanniens.

Der chinesischn-japanische Streitfall. Der chinesischn-japanische Streitfall wegen der Aufhebung der Verträge verärgert sich, da Tokio offenbar entschlossen ist, nicht nachzugeben und die Aufrechterhaltung seiner Territorialitätsrechte durchzusetzen.

Die Araber Palästinas haben dem britischen Oberkommissar in Palästina, Lord Plumer, eine lange schriftliche Erklärung überreicht, die eine repräsentative und parlamentarische Regierung fordert, und erklärt, die Bedingungen des Mandats hätten den Arabern ein Recht darauf gegeben. Die traurige Wirtschaftslage Palästinas habe bewiesen, daß die gegenwärtige koloniale Regierungsform nicht geeignet für das Land sei. Der Oberkommissar versprach, die Erklärung an das britische Kolonialamt weiterzuleiten.

Badischer Teil

Ährungen der Universität Freiburg

Die Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg hat dem ordentl. Professor der Rechte an der Universität Tübingen, Dr. Philipp v. Hed, anlässlich seines 70. Geburtstages, die Würde eines Ehren doktors der Staatswissenschaften verliehen. Aus der Begründung geht hervor, daß Professor v. Hed, der, von Liebe zur Rechtswissenschaft befeelt, gleichwohl die Juristen lehrte, über deren Grenzen hinauszuweisen und dem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen Rechnung zu tragen. — Weiter hat der Senat in Anerkennung seiner hervorragenden Dienste um die Universität dem nach Breslau berufenen Professor Dr. Nagler die Würde eines Ehrensenators verliehen. — Zum Ehren doktor der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät wurde ernannt Fabrikant Otto Schenz in Freiburg, Mitinhaber der Firma Mechanische Weberei Otto Schenz in Vörsach, der die Begründung eines Instituts für rechtsgeschichtliche Forschung ermöglicht hat.

Die Neuordnung der preussisch-süddeutschen Staatslotterie

Die Länder Preußen, Bayern, Württemberg und Baden haben durch Staatsverträge zum gemeinsamen Betrieb einer staatlichen Lotterie eine Anstalt mit dem Sitz in Berlin gegründet. Der Unterschied gegenüber dem bisherigen Zustand besteht darin, daß die Anstalt eine gemeinsame Anstalt der vier Vertragsstaaten bildet und diese sämtlich an der Verwaltung teilnehmen. Organe der neuen Anstalt sind der Staatslottereausschuß und die Generaldirektion. Der Vertrag läuft bis 31. März 1935 und verlängert sich automatisch um je weitere 10 Jahre, falls nicht mindestens ein Jahr vor Ablauf der Geltungsdauer gekündigt wird. Die vertrags schließenden Länder dürfen während der Dauer des Vertrags für Rechnung ihrer Staatskasse weder eine eigene Lotterie betreiben, noch sich an einer anderen Lotterie beteiligen.

Die badischen Sparkassen im Mai

Im Mai stieg der Spareinlagenbestand bei den öffentlichen Sparkassen Badens um 5,9 Millionen Reichsmark auf rund 276,9 Millionen. Die entsprechende Steigerung hat im Vormonat 9,5 und im Mai des vorigen Jahres 5,7 Millionen Reichsmark betragen. Auf Kontokorrent, Giro- und Scheckkonto belaufen sich die Einlagen zu Ende Mai auf 48,0 Millionen Reichsmark, die Steigerung betrug rund 0,2 Millionen Reichsmark gegenüber 1,1 im April 1928 und 5,4 Millionen im Mai 1927.

Die badischen Turner beim 14. Deutschen Turnfest in Köln

Während am Dienstag mittag zahlreiche Sonderzüge aus allen Richtungen der Rhodroße des ganzen Deutschen Reiches die Teilnehmer am 14. Deutschen Turnfest nach der Feststadt Köln trugen, zogen es die im 10. Turnkreis zusammen geschlossenen Turner des badischen Landes vor, die vier Sonderzüge aus den verschiedenen Teilen des badischen Landes nur bis Rübeshelm a. Rh. fahren zu lassen und von dort auf drei voll besetzten Dampfern ihre feuchtschöne und durch gutes Wetter begünstigte Rheinfahrt der Feststadt zu zuteilen. Die unterbadischen Teilnehmer fuhren von Mannheim aus mit einem Dampfer direkt bis Köln.

Nach dem Eintreffen der Sonderzüge in Rübeshelm fand auf dem Platz vor dem Nationaldenkmal beim Wiederwald eine allgemeine Feier statt, bei der der Turnwart des badischen Turnkreises Gyllardon, Bretten, eine Begrüßungsansprache an die badischen Landes Turner hielt. Ihm folgte der Kreisprekswart Dr. Fischer, Karlsruhe, mit einer Rede, die unter Hinweis auf das anstehende deutsche Turnfest in einem Treuegelöbnis auf das deutsche Volk und Vaterland gipfelte. Das freudig begrüßte Turnerkleid „Ein Ruf ist erklingen“ beendete die eindrucksvolle Feier. Gegen 10.30 Uhr setzten sich die Dampfer rheinabwärts in Bewegung, vorbei an den alten Burgen und freundlichen Stätten des vielbesungenen deutschen Rheines. An Bord des Dampfers spielten Kapellen unterhaltende Weisen und fröhlicher Gesang erklang aus allen Teilen des Schiffes. Die Ortschaften an den Ufern des Stromes begrüßten die Turner mit kräftigen Böllerschüssen und des freudigen Lächelnschens war kein Ende. Die oberbadischen Turner hatten auf dem Dampfer „Sindenburg“ Platz genommen. Am Gestade des Deutschen Esels bei Koblenz begrüßte in großen Lettern der Spruch des Freiheitsdichters Körner: Nimmer wird das Reich zerflöret, wenn Ihr einig seid und treu. Und wie ein Treuegelöbnis lang der Gesang des Deutschlandliedes in die Roselmündung hinein.

Gegen halb 7 Uhr langten die Dampfer mit den badischen Turnern in Köln an, wo sie bei der Schiffsinde vom Verein der Badner in Köln und vom Reichsausschuß herzlich willkommen geheißen wurden. Sie strebten alsdann ihren Quartieren zu. Der heutige Donnerstag sieht die Turner bei ernster Arbeit und am Abend finden sie sich zu einem Badner Abend zusammen.

Tagungen

Der Reichsstäbtebund (Sitz Berlin) hat seine Mitglieder zur 18. Mitgliederversammlung am Donnerstag den 6. und Freitag den 7. September 1928 nach Heidelberg eingeladen. Reichsminister a. D. Dr. Kütz und Reichsminister des Innern Seevering sprechen über „Ziele der Verfassungs- und Verwaltungsreform im Reich, Länder, Gemeindeverbänden und Gemeinden“, Universitätsprofessor Dr. Hoffmann, Münster, über das „Umgemeindungsproblem“ und Staatsminister Dr. Hüster-Ashoff und Reichstagsabgeordneter Dr. Brüning über „Steuervereinfachung und endgültigen Finanzausgleich“.

Kongreß der religiösen Sozialisten. Vom 1. bis 5. August findet in Mannheim im Wartburg-Hospiz der internationale Kongreß der religiösen Sozialisten statt.

Die Jahresversammlung der badischen evangelischen Vereinigung für Kirchen- und Volkskunst findet am 28. und 29. Juli in Singen statt.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuß Durlach hat den städt. Voranschlag verabschiedet. Als Vorauszahlung für 1928 sollen nur 206 Hundertteile der Steuergrundbeträge erhoben werden, das ist eine Ermäßigung um 9 Hundertteile, welche durch die Einführung der Kanalgebühren möglich gemacht wurde. In seinem einleitenden Vortrag hatte Oberbürgermeister Joeller auf die erscheinende Erwerbslosigkeit der Stadt hingewiesen, die den Reichsbuchschneidern sowie die in allen anderen badischen Städten festgestellten Zahlen übersteigt. Seit 1924 wurden Notstandsarbeiten mit einem Gesamtaufwand von 800 000 Reichsmark durchgeführt. Bis Ende 1928 dürften etwa 1,6 Millionen an Vordarlehen seitens der Stadt übernommen sein. Ein Generalbebauungsplan soll aufgestellt werden. Im Stadtteil Aue ist ein Schulhausbau beabsichtigt. Die städt. Betriebe weisen eine erfreuliche Entwicklung auf. Die Sparanlagen bei der Sparkasse, welche vor dem Kriege 23 Millionen und 1918 33 Millionen betragen hatten, haben z. B. den Stand von 7 Millionen Reichsmark erreicht. Der Zuwachs stammt im wesentlichen aus den Erträgen der kleinen Sparere. Trotz dieser erfreulichen Erscheinungen ist die Finanzlage der Stadt als solche nach wie vor eine gedrückte. Die Gesamtzuschüsse zu den einzelnen Verwaltungszweigen belaufen sich auf rund 1,4 Millionen Reichsmark. Der Schuldenstand betrug am 1. April 1927: 2 088 000 Reichsmark, und auf den gleichen Zeitpunkt 1928: 2 179 000 Reichsmark. Das Vermögen ist im wesentlichen unverändert geblieben; es übersteigt die Schulden um ein Mehrfaches. Dank der sparsamen Aufstellung des Voranschlags konnte eine Umlageerhöhung vermieden werden. Was die Höhe der Umlage betrifft, so steht Durlach unter den 12 Städten Badens an fünfter Stelle. Nur Pforzheim, Karlsruhe, Mannheim und Offenburg haben niedrigere Umlagen wie Durlach.

Das Freiburger Elektrizitätswerk. Der Bürgerausschuß in Freiburg i. Br. erklärte sich mit dem geplanten Ausbau des Elektrizitätswerkes einverstanden. Es sollen hierfür etwa 2,4 Millionen Reichsmark aufgewendet werden. Weiter wurde beschlossen der Beitritt des Stadttheaters zur Versorgungsanstalt deutscher Bühnen. Zur Beseitigung von Bauschäden am Turm des Realgymnasiums wurden etwa 70 000 Reichsmark bewilligt.

Krankenhaus- und Oberrealschulerweiterung in Rehl. Der Bürgerausschuß Rehl hat jüngst die Erweiterungsbauten für das Krankenhaus und die Oberrealschule genehmigt. Auf Grund einer neuen Verordnung des Ministeriums des Innern muß nun das Krankenhausprojekt einer gründlichen Umarbeitung unterzogen werden. Die Mehrkosten betragen 40—50 000 M., die durch Mehreinnahmen gedeckt werden sollen. Das Erweiterungsbauwerk der Oberrealschule, das ebenfalls eine Abänderung erfahren hat, beansprucht 30 000 M. Mehrkosten. Der Kauf der Alten Kaserne soll in der Weise getätigt werden, daß jeweils am 1. Oktober 1928 bis 1931 die Summe von 10 000 M. und am 1. Oktober 1932 eine solche von 7 000 M. bezahlt wird. Die Gemeinde übernimmt die Wertzuwachssteuer, Grundwerbsteuer und Übergangssteuer, so daß das Objekt auf 53 700 M. zu stehen kommt. Der Übergang erfolgt am 1. Oktober.

Der Haushaltsplan der Stadtgemeinde Emmendingen für das Rechnungsjahr 1928/29 (1. April 1928 bis 31. März 1929) sieht an Einnahmen ohne Umlagen 1 211 252 M., an Ausgaben 1 388 278 M. vor, wovon durch Gemeindesteuern 174 026 M. zu decken verbleiben. Der Gemeinderat schlägt eine Umlage von 64 Reichspfennigen auf das Grundvermögen, 25,6 Reichspfennigen auf das Betriebsvermögen und 4,80 M. aus dem Gewerbesteuertrag von je 100 M. Steuerwert vor. Die Schulden betragen auf 1. April 1928 704 307 M., durch Amortisation vermindern sich dieselben auf 666 826 M. am 1. April 1929. Einen der Hauptposten in dem neuen Voranschlag nehmen die Ausgaben für Straßen- und Hochwegunterhaltung mit zusammen 91 100 M. ein.

Der neue Oberbürgermeister von Lahr. Landeskommissär Gebeintat Dr. Schwoerer hat am Mittwoch den neugewählten Oberbürgermeister von Lahr, Dr. Binz, nachdem auch der Bürgerausschuß von Lahr am Dienstag den Dienstvertrag mit ihm genehmigt hat, in seinem Amt verpflichtet. Oberbürgermeister Dr. Binz wird sein neues Amt mit dem 26. d. M. antreten.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Karlsruher Warenhausbrand

Erst am Mittwoch vormittag ließ sich bei einem Rundgang durch das von Großfeuer heimgesuchte Warenhaus von Geschäftsführer Knopf übersehen, welche gewaltiger Waren- und Materialschaden durch Feuer und Wasser entstanden ist. Vollkommen ausgebrannt sind der 3. und 4. Stock und die Räumlichkeiten im Dachboden, wo das wertvolle Warenlager nur noch einen Schutt- und Aschenhaufen bildet. Die Entstehung des Brandes ist noch immer nicht aufgeklärt und es ist fraglich, ob es überhaupt möglich sein wird, festzustellen, welche Gründe das Feuer hervorgerufen haben. Festgestellt ist nur, daß der Brand von dem großen Teppich- und Vinoleumlager seinen Ausgang nahm, daß die Flammen zum Fenster hinaus in das obere Stockwerk schlugen und von dort durch die Haushaltungsteilung zum Dachboden übergriffen. Wie die Haushaltungsteilung nur noch einen Trümmerhaufen bildet, so ist auch die Lebensmittelabteilung vollkommen zerstört worden. Die Wein-, Sekt- und Sektflaschen entorkelten sich infolge der Hitze selbst, die Konferenzenbüchsen sprangen auf und alle Lebensmittel sind ungenießbar geworden. Die über der Lebensmittelabteilung im Dachgeschoss liegenden Büroräume des Warenhauses sind ebenfalls nahezu gänzlich ausgebrannt oder durch Wasser zerstört.

Am Mittwoch vormittag begannen schon in allen Räumlichkeiten des Warenhauses die Aufräumungsarbeiten. Es wird aber mindestens einige Tage dauern, bis einigermaßen Ordnung herrscht, weil ja nicht nur die Warenbestände zum großen Teil zerstört worden sind, sondern die Innenausrüstung des Hauses durch das Feuer selbst so stark in Mitleidenchaft gezogen wurde, daß umfassende Neuherstellungsarbeiten notwendig sein werden. Die Höhe des Schadens anzugeben ist nicht möglich, daß er außerordentlich bedeutend ist, ist bei dem Umfange der Zerstörungen selbstverständlich. Von der Staatsanwaltschaft ist eine Untersuchung über die Entstehungsurache des Brandes eingeleitet worden.

Die Firma Geschäftsführer Knopf ist im Jahre 1881 von dem heute noch lebenden Inhaber des Warenhauses, Max Knopf und seiner Schwester Johanna als Leinen-, Wäsche- und Wollwarengeschäft gegründet worden. Schon einmal wurde die Firma von einem Feuer heimgesucht und zwar brannte damals (vor etwa 30 Jahren) dieses Leinen- und Wollwarengeschäft, in der Kaiserstraße gelegen, aus. Nach diesem Brande nahm die Firma schon eine bedeutende Erweiterung ihres Geschäftes vor, sie gründete eine Reihe auswärtiger Filialen und errichtete dann in den Jahren 1912 bis 1914 den jetzt vom Feuer heimgesuchten Neubau des Hauptgeschäftes in Karlsruhe. Die Firma beschäftigte nach der Gewerbezählung von 1925 insgesamt 470 Personen.

Schmud des Landtagsgebäudes. In den letzten Wochen wurde das Äußere des badischen Landtagsgebäudes einer Renovation unterzogen, die jetzt vollendet ist und dem Weinbrennerbau ein freundliches Aussehen gibt. Die das Gebäude gliedernden Bauteile haben einen grauen Anstrich erhalten, der sehr glücklich sich von dem warmen gelblichen Ton der dazwischen liegenden glatten Wände abhebt. Auch die über dem Haupteingang befindlichen Flächen, die bisher leer waren, erhalten einen figürlichen Schmud und zwar kommt in das obere, einen Halbkreis darstellende Feld, das neue badische Wappen, ausgeführt von dem Karlsruher Bildhauer Meyerhuber und in die drei unteren Felder eine Frauenfigur von Bildhauer Karl Wahl, die Göttin der Weisheit darstellend, zwischen zwei Kandelabern mit Opferkränzen.

70 Semester-Hochschulbeamter. Gestern konnte Oberrechnungsrat Ludwig Grömer auf eine 35jährige erfolgreiche Tätigkeit im Verwaltungsdienst der Technischen Hochschule Karlsruhe, an die er am 25. Juli 1893 berufen wurde, zurückerblicken. Abiturientenjubäum. Am 28. und 29. Juli werden sich die Abiturienten des humanistischen Gymnasiums in Karlsruhe aus dem Jahrgang 1903 zu einem kleinen Jubiläumsauftritt in Karlsruhe treffen. Für beide Tage sind mehrere gesellige Veranstaltungen vorgesehen. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Landesvereins Badische Heimat hat dieser Tage das 1000. Mitglied eingetragen. In erfreulicher Weise wächst das Interesse an den idealen Aufgaben des Heimat- und Naturforschers, der Denkmalpflege, der Volkserziehung und der Familienforschung in Baden. Der Landesverein steht mit an erster Stelle unter den deutschen Heimatvereinen.

Wetternachrichtendienst der badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das gestern südlich Island vorgetroffene Tief hat die nordwestliche Küste erreicht. Gleichzeitig ist aber auch das atlantische Hoch auf das Festland übergetreten, wodurch sich die Wetterausichten für uns gebessert haben. Bei schwacher Luftbewegung und heiterem Wetter werden die Temperaturen heute und morgen wieder ansteigen. — Wetterausichten für Freitag: Heiter, trocken und heiß bei schwachen östlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

D. J. Heidelberg, 26. Juli. Die am 10. Mai 1878 gestiftete Verbindung Karlsruhe feiert in den Tagen vom 27. bis 31. Juli ihr 50. Stiftungsfest. Zu dieser Feier veranstaltet sie zusammen mit dem Corps Guesappalia, das sein 110. Stiftungsfest feiert, am kommenden Sonntag eine Schloßbeleuchtung.

* Heidelberg, 26. Juli. In der letzten ordentlichen Sitzung wurde beschlossen, daß die Gesamtstudentenschaft zu Ehren des scheidenden Rektors einen Fadelzug veranstaltet. Die gestrige Sitzung führte dazu, daß der Fadelzug abgesagt wurde. Einleitend verlas der erste Vorsitzende eine Erklärung, worin es heißt: „Der Vorstand ist der Meinung, daß der sozialistischen Studentengruppe die Teilnahme an einem Fadelzug der Gesamtstudentenschaft unter Mitführung der roten, mit den Gruppeninsignien versehenen Fahne als Gruppenfahne nicht verwehrt werden kann.“ Es wurde aber ein Antrag, der die Fahne beschließen, den Fadelzug der gesamten Studentenschaft nicht stattfinden zu lassen, um Zwischensfälle jeder politischen Art zu vermeiden und der Öffentlichkeit das Bild einer politischen Zersplitterung zu ersparen, angenommen, so daß also nunmehr kein Fadelzug veranstaltet werden sollte. Darauf erklärten die sozialistischen Studenten, daß ihre Gruppe, um die Ehre für den scheidenden Rektor zu ermöglichen, und um den Frieden zu wahren, auf die Teilnahme am Fadelzug verzichte. Man erwartete nun einen Antrag der Großdeutschen Studentengemeinschaft, daß der Fadelzug doch stattfinden. Aber dieser Antrag kam nicht. Dagegen wurde laut „Heidelb. Tagebl.“ nach scharfer Debatte folgender von der Großdeutschen Studentenschaft stammender Antrag angenommen. Der Antrag bedauert, den angesagten Fadelzug ausfallen zu lassen, weil die sozialistische Studentengruppe durch Mitführung einer roten Fahne mit den Gruppeninsignien diesem ein politisches Gepräge zu geben versucht hat.“

D. J. Wertheim, 26. Juli. Seit kurzem weilt der große Wohltäter und Ehrenbürger unserer Stadt, William Uhllein aus Wilmshausen, hier zu Besuch.

Die Festspiele im Heidelberger Schloß sollen auch in den kommenden Jahren durchgeführt werden, wobei man auch auf eine staatliche Unterstützung hofft. Für das Goethejahr 1932 ist die Aufführung des ganzen Faust in Aussicht genommen. Ferner ist für die nächsten Jahre auch an eine Opernaufführung gedacht und zwar sind dafür Webers Freischütz und Mozarts Don Juan in Aussicht genommen.

Verschiedenes

Die „Monte Cervantes“ auf einen Felsen gelaufen.

W.D. Oslo, 26. Juli. (Tel.) Nach Fundmeldungen, die von den Radiostationen in Norwegen aufgenommen wurden, ist der Dampfer „Monte Cervantes“ der Hamburg-Litauerischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft, der sich zur Zeit auf einer Bergungsfahrt nach Spitzbergen befindet, im Fellsund (Spitzbergen) auf einen Felsen gelaufen, wobei ein Loch in den Schiffsboden gerissen wurde und in einige Schotten Wasser eindrang. Man hofft, in kurzer Zeit die vollgelassenen Kammern auspumpen zu können. Ein Taucher, der auf die Fundnotrufe der „Monte Cervantes“ herbeigeeilten Eisbrechers „Kraffin“ untersucht zur Zeit den Schaden am Schiffkörper. Die Passagiere der „Monte Cervantes“ sind an Bord geblieben und befinden sich in keiner Gefahr. Der „Kraffin“ wird sich einige Tage an der Unfallstelle aufhalten.

Überfall auf ein litauisches Zollamt

W.D. Warschau, 26. Juli. (Tel.) Nach aus Wilna stammenden polnischen Meldungen, wurde gestern Nacht von litauischen Schmugglern ein Überfall auf das litauische Zollamt in Kalvaria verübt. Die Schmuggler bedrohten die Beamten und raubten 4000 Lit. Herbeigerufenen litauischen Militär verfolgte die sechs Mann starke Bande und stellte sie. Hierbei entwickelte sich eine Schießerei, wobei zwei Banditen und ein litauischer Soldat getötet und ein weiterer Soldat schwer verletzt wurde. Es gelang dann, die übrigen Banditen festzunehmen.

Das Rätsel um Malmgreen

Wie aus Moskau gemeldet wird, stellte der russische Flieger Tsachnowski fest, daß er auf den Filmaufnahmen, die er bei der Sichtung der Malmgreen-Gruppe machte, drei Personen erkannte. Das Schicksal des schwedischen Gelehrten wird somit immer mysteriöser.

Der russische Eisbrecher „Sedow“ wird bei Kap Flora auf der Franz-Josef-Land Nachforschungen nach Amundsen und der Allexandri-Gruppe anstellen. — Die „Gitta di Milano“ ist heute, Donnerstag früh, mit den Gelehrten der „Italia“-Expedition an Bord in Norvik eingetroffen.

Meuterei an Bord eines italienischen Dampfers. W.D. Paris, 26. Juli. (Tel.) „Humanite“ veröffentlicht eine Meldung aus Triest, nach der an Bord des italienischen Schiffes „Livensa“ eine Meuterei ausgebrochen ist. Die Mannschaft weigerte sich, auszulaufen, bevor sie den seit zwei Monaten rückständigen Lohn erhalten habe. Die Hafenpolizei unterdrückte die Meuterei und verhaftete 12 Matrosen, von denen mehrere verletzt waren.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw.
der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Befördert:

Die Regierungsräte Karl Neumayer beim Oberversicherungsamt in Mannheim an das Bezirksamt in Mannheim, Dr. Ludwig Wagner beim Bezirksamt in Mannheim an das Bezirksamt in Tauberbischofsheim und Otto Schmitt beim Bezirksamt in Tauberbischofsheim an das Oberversicherungsamt in Mannheim.

Zurückgesetzt:

Polizeihauptwachmeister Rudolf Gutzjahr in Freiburg. Abtritt in den Ruhestand kraft Gesetzes: Oberwachmeister Adam Bamb beim Bezirksamt Mannheim.

Finanzministerium.

Ernannt:

zu Oberrechnungsräten: die Ministerialrechnungsräte Robert Theilacker, Albert Lauer, Heinrich Sauer, Ludwig Murenwald und Ministerialoberregistrator Karl Raif; zum Bauoberinspektor: Bauinspektor Fritz Eugenschmidt; zum Kanzleiobersekretär: Finanzsekretär Julius Mattes; zum Finanzsekretär: Finanzassistentin Liesel Berg; zum Kanzleisekretär: Kanzleiassistentin Maria Schwaab, sämtliche beim Finanzministerium.

Hochbauverwaltung.

Ernannt:

zum Oberregierungsbaurat: Regierungsbaurat Max Groß in Mannheim; zum Techn. Obersekretär: Baussekretär Karl Hager in Freiburg; zum Baussekretär: Bauoberaufseher Simon Essig in Mannheim; zu Bauassistenten: die Bauoberaufseher Johann Philipp Welsch in Heidelberg und Emil Grein in Freiburg; zum Kanzleisekretär: Kanzleiassistentin Albertine Theobald in Freiburg.

Domänenabteilung.

Ernannt:

zum Oberdomänenrat: Domänenrat Theodor Gast in Baden; zu Oberrechnungsräten: Rechnungsrat Josef Imblehofer in Karlsruhe und Finanzoberinspektor Bertold Deimling in Karlsruhe.

Forstabteilung.

Ernannt:

zu Oberforsträten: die Forsträte Philipp Reinhard in Redersgum, Heinrich Steibel in Redersgum, Wilhelm Hamann in Randern, Friedrich Louis in Stillingen, Karl Krieger in Karlsruhe, Adolf Kraft in Durlach, Albert Guy in Gengenbach, Konstantin Schaier in Pforzheim und Hermann Diehl in Karlsruhe. zu Oberrechnungsräten: die Rechnungsräte Adolf Hofmann in Karlsruhe, Albert Reichte in Karlsruhe und Konrad Weiler in Karlsruhe.

Abteilung für Salinen und Bergbau.

Ernannt:

zum Oberbergat: Bergat Dr. Hermann Zierwogel in Karlsruhe.

Münzverwaltung.

Ernannt:

zum Finanzoberinspektor: Finanzinspektor Hermann Stern in Karlsruhe.

Bereinigtes bad. Staatssalinen Durrheim-Rappenaun A.-G.

Ernannt:

zum Oberregierungsbaurat: Bergat Friedrich Kirchenbauer in Durrheim; zum Techn. Oberinspektor: Techn. Inspektor Gustav Kreuzer in Durrheim.

Wasser- und Straßenbau.

Ernannt:

zu Oberregierungsbauräten: die Regierungsbauräte Karl Feldmann in Waldshut, Karl Kleiner in Konstanz, Adolf Stoll in Freiburg, Karl Uthaus in Offenburg, Philipp Gaberdiel in Bruchsal und Emil Kerler in Offenburg;

zu Vermessungsräten: die Obergeometer Erwin Oranget in Karlsruhe, Karl Herrmann in Karlsruhe, Wilhelm Meynhofer in Mosbach, Karl Gänger in Schopfheim, Karl Basel in Wolfach, Otto Rummel in Donaueschingen, Richard Bodenmüller in Karlsruhe, Adolf Boss in Rehl, Max Gehrig in Bruchsal, Josef Edert in Borberg, Alois Mohr in Kenzingen, Emil Kuhn in Melsbach, Paul Oeder in Müllheim, Adolf Dollak in Eisingen, Emil Zwilling in Bruchsal, Josef Brinner in Wuden, Christof Stolz in Rastatt, Heinrich Zehner in Rastatt, Otto Schumacher in Wolfach, Karl Schlageter in Schopfheim, Wilhelm Rubin in Tauberbischofsheim, Hermann Abler in Heidelberg, Emil Wagner in Kenzingen, Albert Hornung in Lahr, Karl Maier in Freiburg, Valentin Gernert in Wertheim, Dr. Julius Stammer in Mannheim, Roman Grobmann in Überlingen, Franz Döring in Donaueschingen, Emil Moser in Donaueschingen, Emil Schweinfurth in Lahr, Adolf Ell in Bruchsal und Philipp Hele in Eisingen;

zu Oberrechnungsräten: die Rechnungsräte Karl Redermann in Karlsruhe, Franz Schweinfurth in Karlsruhe, Philipp Schaal in Karlsruhe und Verwaltungsoberinspektor Julius Kall in Karlsruhe.

Landeshauptkasse.

Ernannt:

zu Oberrechnungsräten: Hauptkassier Wilhelm Hartmann, Rechnungsrat Jakob Boshang, Finanzoberinspektor Friedrich Schindler und Finanzoberinspektor Adolf Weidgenannt; zu Finanzsekretären: Finanzassistentin Klara Gähler und Finanzassistentin Elsa Stump.

Staatsschuldenverwaltung.

Ernannt:

zum Oberrechnungsrat: Finanzoberinspektor Karl Lupberger.

Hafenverwaltung Mannheim.

Ernannt:

zum Hafenmeister: Schiffsführer Johann Ball in Mannheim; zu Schleusenmeistern: Schleusenwärter Thomas Kleinhaus und Heinrich Schaller in Mannheim.

Kurze Nachrichten aus Baden

D.3. Mosbach, 26. Juli. Die Nebenbahn Neudarbschhofheim-Süßenharz schließt mit einem Verlust von 13 807 M ab, so daß sich das Ergebnis gegenüber dem Vorjahre um 27 000 Reichsmark gebessert hat. Für den Fehlbetrag in Höhe bis 12 000 M kommen die an der Strecke liegenden Gemeinden und die Kreise Mosbach und Heidelberg auf.

D.3. Bruchsal, 26. Juli. Die Schnakenplage hält in unerminderter Stärke an. Man hat sogar die Motorspritze zum Kampfe gegen die Plagegeister in Tätigkeit gesetzt. Durch Auspumpung des Grabens bei den Siegwiesen hofft man eine Hauptbrutstätte vernichtet zu haben.

D.3. Achern, 26. Juli. Die Stadtkapelle Achern begeht Anfang August die Feier ihres 115jährigen Bestehens im Rahmen eines großen Musikfestes, zu dem bis jetzt schon 35 Kapellen mit über 1000 Musikern angemeldet sind.

D.3. Freiburg, Der von Freiburg zu allen Jahreszeiten so gern besuchte Eifelsee ist nunmehr für den allgemeinen Badebetrieb wieder freigegeben worden. Das Bezirksamt Neustadt hat die Verbotstafeln entfernen lassen, so daß von allen Uferseiten aus ein erfrischendes Bad genommen werden kann.

D.3. Hof (b. Todtnau), 25. Juli. Die Landstraße Wembach-Hof, an welcher seit Jahren gearbeitet wurde, ist nunmehr in den letzten Tagen fertiggestellt worden. Die Kosten belaufen sich auf etwa 60 000 M.

D.3. Säckingen, 25. Juli. Auf der Schiffslände wird zur Zeit nach der neuen Mineraltherme gebohrt. Der Bohrer ist im ersten Bohrloch schon auf Granit von außerordentlicher Härte gestossen. Der Bohrapparat wurde beschädigt. Bei Erreichung der 20-Meter-Tiefe hofft die Direktion der Geologischen Landesanstalt, bessere Bedingungen für die Bohrungen anzutreffen.

Geschäftliches

Unserer heutigen Ausgabe liegt die Ziehungsliste der Ettlinger Jubiläums-Lotterie bei. Die Auszahlung der Gewinne erfolgt durch die Lotterie-Bank Wöringer in Pforzheim.

Ihren Koffer

für Bahn — Übersee und Auto
kaufen Sie unbedingt

vorteilhaft vom Hersteller

31 Jahre eigene Fabrikation und Reparaturwerkstätte

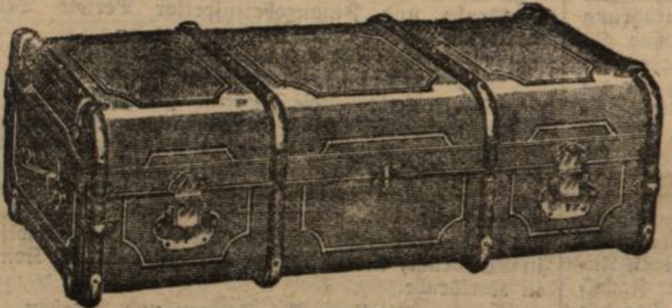
Mein Fabrikat bürgt für **erstklassige** Verarbeitung und **größte** Haltbarkeit.



Wir führen unsere gangbarsten Größen an: Serie I mit prima Segeltuchbezug, doppelt. Ölfarbenanstrich, bestes Stofffutter, sämtliche Kanten mit Hornleder beschlagen und 2 prima Messingschlösser

Länge 80 90 100 cm

58,- 64,- 70,-



Kabinenkoffer

sehr beliebte Form. Serie II mit Ia Bezug, doppeltem Ölfarbenanstrich, alle Kanten mit Blech beschlagen, Bügel an den Kanten und 2 prima Schlösser

Länge 80 90 100 cm

33,- 39,- 46,-



Serie III, Ausführung wie Serie II, ohne Blechbeschlag jedoch 8 große Messingecken

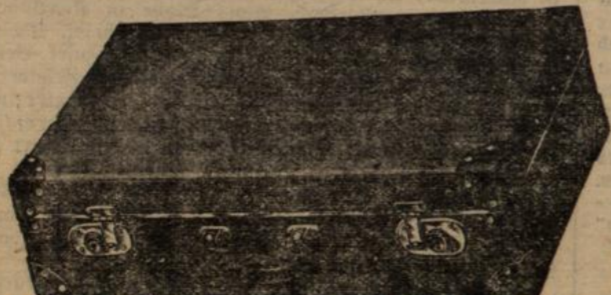
Länge 80 90 100 cm

29,- 34,- 38,-

Preise für Serie III sind netto

Schrankkoffer

führe ich in jeder Größe und hervorragender Qualität!



Mein Spezial-Handkoffer mit prima Granitbezug, 8 Rindleder-Ecken und Rindleder-Griff, handgenäht, bestes Stofffutter und 2 prima Schlösser

55 60 65 70 75 cm

21,- 22,- 23,- 24,- 25,-

Echt Vulkan-Fibra, beste Panzerplatte, mit Rindl. Griff, 2 prima Schlösser und Leinegurten

55 60 65 70 75 cm

13,- 14,- 15,- 16,- 17,-

Hartplatte, gut Qualität mit 2 Schlössern

55 60 65 70 75 cm

5,50 6,- 6,50 7,- 7,50

Damen-Kofferchen, schwarz

35 40 45 50 50 cm

10,- 11,- 12,- 13,- 14,-

Handkoffer

in prima Vollrindleder führe ich in allen Preislagen und in jeder Größe mit und ohne Einrichtung

Koffer-Müller

Waldstraße 45 Karlsruhe i. B. Telefon 2165
Reiseartikel — Feine Wiener und Offenbacher Lederwaren



Hauswirtschaftliche Ausstellung Küche u. Haus

in der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe vom 29. September bis 7. Oktober 1928

veranstaltet vom 9. 795 Karlsruhe Hausfrauenbund e. V.

Günstige Ausstellungsbedingungen.

Anmeldungen u. Anfragen an den Karlsruher Hausfrauenbund, Karlsruhe, Ritterstr. 7, Tel. 200

Bezirkssparkasse Waldshut.
(Öffentliche Verbandssparkasse.)

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	10 144,79	1. Spareinlagen	2 400 753,32
2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und Postsparkassant	127 459,35	2. Giroeinlagen	491 658,20
3. Wertpapiere	186 870,-	3. Kontokorrenteinlagen	186 828,35
4. Wechsel	115 410,15	4. Anlehensschulden:	
5. Darlehen a. Hypotheken	1 580 826,80	Reichskredit, Landwirtschaftl. Zwischentredite u. Reichsbankkredit	223 640,-
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	758 839,70	5. Ausgaberrückstände	17 829,78
7. Darlehen auf Schuldschein	113 581,-	6. Aufgewertete Spareinlagen	1 699 423,24
8. Darlehen an Gemeinde	899 185,47	7. Rücklagen:	
9. Grundstückskaufgelder	111 287,-	aus früheren Jahren	174 497,84
10. Einnahmerückstände	28 690,92	Zugang 1927	85 599,16
11. Gebäude	1,-		
12. Gerätschaften	1,-		
13. Aufwertungsfonds	1 357 932,71		
	5 280 229,89		5 280 229,89

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 3 079 239 RM = 246 339,20 RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 = 257 097,- RM
Somit mehr = 10 757,80 RM

Waldshut, 30. Juni 1928.

N. 471

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:

Dr. Horster, Bürgermeister.

Die Geschäftsleitung:

Romader Direktor, Schmidt Kontrolleur.

Bekanntmachung.

An Stelle des vor Ablauf seiner Amtsdauer ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitgliedes, Herrn Präsident Dr. Engler, ist Herr Ministerialdirektor Föhrenbach als Mitglied unseres Aufsichtsrates gewählt worden.

Karlsruhe, den 20. Juli 1928. N. 797

Badische Landeselektrizitätsversorgung Aktiengesellschaft (Badenwerk)

O. Helmle, A. Fettweis.

Verkauf von Holzlagerschuppen.

Die Gemeinde Langenbrücken versteigert gegen Vorzahlung am **Mittwoch, den 1. August 1928, vorm. 9 Uhr**, auf dem Rathaus folgende, fast neue Schuppen, die sich vorzüglich für Tabakroßschuppen usw. eignen.

Nr. 1: 24 m lang, 6,50 m tief.
Nr. 2: 9,50 m lang, 6,50 m tief.

Langenbrücken, 25. Juli 1928.

Der Gemeinderat.

Nehmen Sie

bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

Konkursöffnung.

N. 469. Pfullendorf. Über das Vermögen der Bezugs- und Absatzenossenschaft des Bauernvereins Winterfulgen e. G. m. b. H. in Winterfulgen wird heute am 24. Juli 1928, nachmittags 3 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da die Gemeinschuldnerin zahlungsunfähig geworden ist.

Der Diplomkaufmann Albert Gleichauf in Singen a. H. wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. Sept. 1928 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Verbeibaltung des ernannten oder

die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines anderen Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, auf Montag, den 20. August 1928, vormittags 9 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Montag, den 1. Oktober 1928, vormittags 9 Uhr. Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache

und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache absonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 1. September 1928 Anzeige zu machen. Gleichzeitg wird gemäß § 103 Genossenschaftsgesetz ein Gläubigerausschuß bestellt. Zu Gläubigerausschlußmitgliedern werden ernannt:

- a) der Vorstand der Bezugs- und Absatzenossenschaft des Bad. Bauernvereins in Freiburg,
- b) der Vorstand der Volksbank in Pfullendorf,
- c) Herr Raffier Voll von dem Sparasse Heiligenberg, Pfullendorf, 24. Juli 1928.

Bad. Amtsgericht.

N. 470. Neudarbschhofheim. Über das Vermögen des Schreinermeisters Karl Wüst in Neudarbschhofheim wurde heute nachmittags 5 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Kaufmann Oskar Reichmann in Heidelberg, Kronprinzenstr. 34. Konkursforderungen sind bis zum 8. August 1928 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen, ist am Samstag, 18. August 1928, vorm. halb 10 Uhr, vor dem Amtsgerichte hier, Zimmer Nr. 2. Wer Gegenstände der Konkursmasse besitzt oder zur Masse mehr an den Gemeinschuldner leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf absonderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 8. August 1928 anzuzeigen. Neudarbschhofheim, den 18. Juli 1928.

Bad. Amtsgericht.